

## **Vertragsbedingungen der WiN Emscher-Lippe GmbH:**

### **Anforderungen an das Angebot:**

- (1) Das Angebot ist wie von der Auftraggeberin gefordert und einschließlich aller übrigen Unterlagen, Bemerkungen sowie Vertragsbedingungen, sachgerecht auszufüllen und mit der rechtsverbindlichen Unterschrift zu versehen. Die Leistungsbeschreibung ist Bestandteil des Auftrages.
- (2) Bei der Vergabe können nur solche Angebote berücksichtigt werden, die fristgerecht eingehen (die Verantwortung dafür obliegt dem Bieter), vollständig ausgefüllt und unterschrieben sind und alle Inhalte der Angebotsbewertung bedienen.
- (3) Der Anbieter hat sich über Art und Umfang der einzelnen Leistungen genau zu informieren. Er überprüft in eigener Verantwortung die Aufgabenbeschreibung und versichert durch die Abgabe seines Angebotes, dass er die in der Ausschreibung genannten besonderen Bedingungen erfüllen kann.
- (4) Fragen zum Auftrag und Vergabeverfahren sind schriftlich und ausschließlich über den Vergabesatelliten Metropole Ruhr zu stellen. Eine direkte Kontaktaufnahme (telefonisch, per E-Mail oder persönlich) mit dem Auftraggeber ist nicht gestattet. Eventuelle Fragen sowie deren Beantwortung, soweit sie von allgemeiner Relevanz sind, werden auf dem Vergabesatelliten für alle Interessenten veröffentlicht. Die Fristen für die Stellung von Fragen, wie mit der Ausschreibung veröffentlicht, sind zu beachten.
- (5) Der Anbieter unterbreitet der Auftraggeberin ein kostenloses und verbindliches Angebot.
- (6) Die aufgeschlüsselten Preise sind mit separat ausgewiesener Umsatzsteuer anzugeben.
- (7) Alle Preise verstehen sich als Festpreise inkl. aller Reisekosten und aller Nebenkosten für die gesamte Zeit der Vertragserfüllung.
- (8) Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen und ausschließlich auf dem/den in der Ausschreibung genannten Weg(en) einzureichen.
- (9) Auftragsbedingungen und sonstige Bedingungen des Auftragnehmers, auch wenn sie Bestandteil des Angebotes sind, gelten nicht, soweit sie nicht vom Auftraggeber ausdrücklich ganz oder teilweise schriftlich anerkannt wurden.
- (10) Alle Vereinbarungen haben nur Rechtsgültigkeit, wenn sie vom Auftraggeber in schriftlicher Form bestätigt sind. Mündliche Abmachungen und Nebenabsprachen sind unwirksam. Außer den Angebotsunterlagen können Ergänzungen, Vorschläge bzw. Änderungen zur Aufgabenbeschreibung gesondert beigelegt werden. Diese werden aber nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers Bestandteil des Vertrages.
- (11) Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Meinung des Bieters Unklarheiten oder Unstimmigkeiten, die die Preisermittlung beeinflussen, hat der Bewerber die ausschreibende Stelle vor der Angebotsabgabe darauf hinzuweisen.
- (12) Nachforderungen mit der Begründung der Unkenntnis der Aufgabenstellung werden nicht anerkannt.
- (13) Das Angebot ist mit der rechtsgültigen Unterschrift einer befugten Person zu versehen und per Vergabesatellit Metropole Ruhr einzureichen.

#### **Anerkenntnis:**

- (1) Durch die Einreichung des Angebotes bescheinigt der Bieter, dass das Angebot im Umfang und in allen weiteren Anforderungen den Anfrageunterlagen entspricht, und dass er die der Anfrage zugrunde liegenden Bedingungen, Vorschriften und Richtlinien im Auftragsfall voll inhaltlich anerkennt, soweit im Auftrag nicht abweichende Ausführungs- bzw. Regelungsvorschläge enthalten sind.
- (2) Gleichzeitig versichert der Bieter, dass das Angebot ohne Nebenabsprachen zustande gekommen ist.

#### **Abwicklung:**

- (1) Der Bieter hat in Absprache mit der Auftraggeberin eine(n) Verantwortliche(n) zu benennen, der/die für die gesamte Projektlaufzeit feste(r) Ansprechpartner:in der Auftraggeberin ist. Darüber hinaus ist ein(e) ständige(r) Stellvertreter:in zu benennen, der/die mit allen relevanten Aufgaben der Ausschreibung vertraut ist.
- (2) Der Bieter verpflichtet sich, seine vertraglich geschuldeten Leistungen vertragsgerecht unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt innerhalb der vereinbarten Fristen zu erbringen. Der Bieter hat bei der Durchführung dieses Vertrages die gesetzlichen Vorschriften sowie die einschlägigen Verwaltungsvorschriften zu beachten.
- (3) Mehr- und Minderleistungen können nur in Abstimmung mit der Auftraggeberin durchgeführt werden. Eine schriftliche Bestätigung durch die Auftraggeberin ist dazu erforderlich.
- (4) Die vorgegebene und vertraglich festgeschriebene Ausführungsfrist ist einzuhalten. Terminverzögerungen, auch wenn sie die Auftragnehmerin zu vertreten hat, müssen unverzüglich nach Bekanntwerden schriftlich der Auftragnehmerin angezeigt und begründet werden.
- (5) Der Bieter ist verpflichtet, den Prüf- und Kontrollstellen alle Informationen über die geleisteten Tätigkeiten zu liefern.
- (6) Die Beauftragung von Subunternehmen durch den Bieter zur Erfüllung der Leistungen ist erlaubt. Der Auftragnehmer wird nur solche Unternehmen beauftragen und mit diesen nur solche Verträge abschließen, die den Erfolg des Projektes gewährleisten und sämtliche vom Auftragnehmer übernommenen Pflichten auch den weiteren Unternehmen übertragen; hierzu gehören insbesondere sämtliche Pflichten aus den Vergabegesetzen, insbesondere des TVgG NRW. Es gelten darüber hinaus die weiteren beigefügten Dokumente und Informationen zu den Themen „Bietergemeinschaft“ und „Subunternehmer“.
- (7) Die Beauftragung von Bietergemeinschaften durch den Bieter zur Erfüllung der Leistungen ist erlaubt. Es muss ein Hauptverantwortlicher für die Bietergemeinschaft genannt werden.
- (8) Werbemittel, Texte, Grafiken, Anzeigenschaltungen, etc. dürfen erst nach der finalen Freigabe durch die Auftraggeberin verwendet, verbreitet bzw. erteilt werden.
- (9) Haftungsausschluss: Der Bieter übernimmt keinerlei Haftung für Vermögens-, Sach- und Personenschäden.
- (10) Kündigungsrechte der Auftraggeberin:
  - a. Die Auftraggeberin ist berechtigt, im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Bieter den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen. Als wichtiger Grund gelten schwerwiegende Verletzungen von Bestimmungen dieses Vertrages und seiner Bestandteile. § 128 BGB gilt entsprechend.

- b. Für den Fall, dass der Bieter trotz Mahnung seinen vertraglichen Pflichten innerhalb angemessener Frist nicht nachkommt, kann die Auftraggeberin diesen Vertrag ebenfalls mit sofortiger Wirkung ganz oder teilweise schriftlich kündigen.
- c. Ändern sich die für die Maßnahme maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, kann die Auftraggeberin mit einer Frist von sechs Wochen zum dem Inkrafttreten der Rechtsänderung folgenden Quartalsende diesen Vertrag schriftlich kündigen. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung wegen Nichteinhaltung des Vertrages bleibt davon unberührt.
- d. Die Kündigung der Auftraggeberin beeinträchtigt nicht die Geltendmachung der Vertragsstrafe bzw. eines Schadensersatzanspruches.

(11) Datenschutz:

- a. Der Bieter ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Vorschriften zum Sozialdatenschutz, einzuhalten. Insbesondere darf der Bieter Sozialdaten der Teilnehmenden ausschließlich zur Erfüllung der in diesem Vertrag geregelten Pflichten nutzen. Jede Verwendung dieser Sozialdaten zu anderen Zwecken (z.B. gewerbliche Nutzung) ist unzulässig. Der Bieter ist zu einer eigenen Datenerhebung nur im vertraglich zugelassenen oder für die Aufgabenerledigung erforderlichen Umfang berechtigt.
- b. Sofern die Auftraggeberin dem Bieter im Rahmen des Auftrages Adress- oder andere persönliche Daten zur Verfügung stellt, obliegt es dem Bieter ...
  - i. ... für die DSGVO-konforme Speicherung der übergebenen Daten zu sorgen inklusive der Sicherung gegen unbefugten Zugriff, ...
  - ii. ... dafür Sorge zu tragen, dass die Daten nur im notwendigen Umfang und nur für den konkreten Auftrag innerhalb seines Hauses genutzt werden, ...
  - iii. ... sowie für die DSGVO-konforme Löschung der Daten auf allen analogen und digitalen Medien zu sorgen, sobald der betreffende Auftrag abgeschlossen ist.
- c. Die Teilnehmenden sind darüber zu informieren, dass für die Durchführung der Maßnahme alle notwendigen Mitteilungen im erforderlichen Umfang an die Auftraggeberin weitergeleitet werden. Den Teilnehmenden ist auf Verlangen Einsicht in alle sie betreffenden Unterlagen zu gewähren. Der Bieter hat sicherzustellen, dass die Rechte der Teilnehmenden auf Auskunft, Berichtigung, Sperrung und Löschung von Sozialdaten gewahrt werden.
- d. Der Bieter hat sicherzustellen, dass Informationen, die dem besonderen Schutz des § 203 Strafgesetzbuch unterliegen, weder schriftlich, elektronisch noch mündlich übermittelt werden.
- e. Der Bieter verpflichtet sich, alle ihm zur Kenntnis gelangenden internen Angelegenheiten der Auftraggeberin auch nach Beendigung dieses Vertrages vertraulich zu behandeln. Er hat ferner durch geeignete Maßnahmen und Vorkehrungen die Einhaltung des Datenschutzes sicherzustellen. Er verpflichtet sich die Sozialdaten der Teilnehmenden von seinem eigenen Datenbestand getrennt zu halten.
- f. Mit den Sozialdaten der Teilnehmenden dürfen vom Bieter nur solche Mitarbeitende befasst werden, die zuvor gemäß § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes auf die Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet worden sind. Freie Mitarbeitenden und Mitarbeitenden von Subunternehmen sind vom Bieter in gleicher Weise zu verpflichten.

- g. Der Bieter ist verpflichtet, Weisungen der Auftraggeberin zum Umgang mit den Sozialdaten der Teilnehmenden nachzukommen. Spätestens zwei Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Bieter diese Sozialdaten zu löschen und die Löschung auf Verlangen nachzuweisen.
- (12) Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz:
- Der Bieter ist verpflichtet, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu beachten. Danach sind Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität grundsätzlich unzulässig. Eine unterschiedliche Behandlung von Teilnehmenden aufgrund eines der oben genannten Merkmale ist lediglich dann zulässig, wenn die Ungleichbehandlung eine wesentliche, entscheidende und angemessene berufliche Anforderung darstellt und der Zweck rechtmäßig ist.
- (13) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
- Der Bieter verpflichtet sich, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Nutzung des geschützten Logos und Namens der Auftraggeberin sowie für Dritte bestimmte Informationen und Berichte rechtzeitig mit der Auftraggeberin abzustimmen. Der Bieter hat auf Wunsch der Auftraggeberin in jeglicher Außenkommunikation darauf hinzuweisen, dass die Maßnahme durch die Auftraggeberin bzw. der fördernden Institution finanziert wird.
- (14) Unklarheiten und Widersprüche:
- Ergeben sich Widersprüche oder Unklarheiten aus dem Vergleich der Vergabeunterlagen der Auftraggeberin und dem Konzept des Bieters gilt ausdrücklich die Regelung in den Vergabeunterlagen der Auftraggeberin.
- (15) Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel:
- a. Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines von den Parteien unterzeichneten Nachtrages.
  - b. Sollte eine Bestimmung des Vertrages ungültig sein, so betrifft dies nicht den Vertrag als Ganzes, sondern nur die betreffende Bestimmung. In einem solchen Fall ist der Vertrag seinem Sinn und Zweck entsprechend auszulegen, wobei maßgebend ist, was die Parteien vereinbart hätten, wenn ihnen die Ungültigkeit einer Vertragsbestimmung bekannt gewesen wäre.